

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 67 (1973)
Heft: 7-8

Rubrik: Informationen : gerechte Verteilung des Profits

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

keine Werbeauslagen, keine Modeartikel, keine Änderungen, sehr wenige Artikel, die zurückgenommen werden müssen und schließlich keine Ladendiebstähle.»

Zusammenfassend kann gesagt werden: Indem China sich um ein Gleichgewicht zwischen Leichtindustrie, Schwerindustrie und Landwirtschaft und um deren entsprechende Förderung bemühte, indem es weiter für einen Anfall von Konsumgütern sorgte, der den Interessen der Bauern wie der Arbeiter diene, hat dieses Land seit 1949 mit Erfolg eine Inflation vermieden.

Auch ein westlicher Arbeiter-Politiker, Denis Healey (England) kommentierte bei seiner Rückkehr aus China: «Westliche Beobachter können China nur darum beneiden, daß es sich vollständig freihalten konnte von Inflation wie von materieller und moralischer Verschmutzung.» (In: «Broadsheet», Juli 1973)

Gerechte Verteilung des Profits

Seit Jahren gibt der praktisch erfahrene Volkswirtschaftler Carl Stöckmann, Hamburg, eine Korrespondenz über soziale und wirtschaftliche aktuelle Fragen heraus, die in ihrer Ausgewogenheit und in allgemein verständlicher Sprache geschrieben, besonderen Informationswert hat. Der Verfasser geht jeweils von westdeutschen Verhältnissen aus, behandelt sie aber so grundsätzlich, daß sie auch schweizerische Fragestellungen zu beantworten vermögen. Wir empfehlen diese Informationen Ihrer besonderen Beachtung. Willi Kobe

Ob wir nun nach dem Osten oder nach dem Westen schauen, ob Bolschewismus oder Amerikanismus, beide Seiten sind — wenn auch unterschiedliche — Ausdrucksformen einer und derselben geistfremden, ja, geistfeindlichen Grundhaltung, sodaß wir es bei ihrer ideologischen Auseinandersetzung gewissermaßen mit einem Kampf zwischen dem Teufel und dem Beelzebub zu tun haben. Hierfür liefert(e) nicht zuletzt auch das furchtbare, das Antlitz des Menschen schändende Kriegsgeschehen in Vietnam ein ebenso abschreckendes wie vielsagendes Beispiel. Carl Stöckmann

Unter den gegebenen Umständen wird die Forderung nach einer fundamentalen sozialen Neuordnung mehr und mehr von a u ß e r parlamentarischen Kreisen und Bewegungen verfochten, **die aber wiederum die wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge häufig in einem schiefen Licht sehen** und dadurch in wichtigen Fragen zu einem F e h l urteil gelangen. So hat sich denn in den Köpfen vieler politisch und sozial Engagierter die Meinung festgesetzt, daß die Großverdiener, die Reichen und die Superreichen, aufgrund ihrer sehr hohen Einkommen das Produktionsaufkommen an Konsumgütern zu einem verhältnis-

mäßig großen Teil absorbieren (bzw. von den Verkaufserlösen einen viel zu hohen Anteil für sich erhalten), und daß daher die Normalverdiener mit Bezug auf die ihnen verbleibende Konsumquote ganz erheblich zu kurz kommen. Dem steht jedoch zunächst schon die Tatsache entgegen, daß die Konsumfähigkeit der — sagen wir mit 2 Prozent zu veranschlagenden — «Privilegierten» durchaus begrenzt ist (wobei ein etwaiger außerordentlicher Luxusbedarf, auf den es aber in diesem Zusammenhang nicht entscheidend ankommt, außer Betracht gelassen sei). Von den Einkommen der 98 Prozent «Nichtprivilegierten» läßt sich sagen, daß sie insgesamt die Höhe des proportionalen Konsumgüteraufkommens zuweilen sogar übersteigen, worin eine der wesentlichen Ursachen für aufkommende inflationäre Tendenzen zu erblicken ist. Stets muß auch bedacht werden, daß aus dem Produktionsaufkommen derer, die — unter Nutzung der Maschinen — wirtschaftlich produktiv tätig sind, auch die «reinen» Konsumenten mitversorgt werden müssen, wie: Kinder, Schüler, Rentner, Kranke, Arbeitslose, Angehörige des Geisteslebens, im Staatsdienst (außer Bahn und Post) und in der Rüstung Beschäftigte. Daß sie alle — abgesehen davon, daß sie teilweise wichtige Leistungen in nicht-wirtschaftlichen Bereichen vollbringen — ein volles Anrecht auf einen angemessenen Anteil am Produktionsaufkommen haben, steht außer Frage. Keiner kann jedoch vom Geld als solchem leben, sondern immer nur von den G e g e n w a r t s l e i s t u n g e n der wirtschaftlich produktiv Arbeitenden. Allerdings verstärkt sich der Eindruck immer mehr, daß angesichts der mit der Umweltverschmutzung verbundenen Gefahren die allgemeine durchschnittliche Konsumquote eher zu hoch als zu niedrig ist. Dies umso mehr, als große Teile der Menschheit unter Hunger zu leiden haben.

Man kann nun aber leicht einer optischen Täuschung verfallen, wenn man die Rieseneinkommen der sogenannten «Kapitalisten» mit denjenigen der breiten Schicht der «Arbeitnehmer» — man kann sie auch die «Arbeitsleister» nennen — vergleicht. An diesem ein ungeheures Mißverhältnis darstellenden Unterschied entzündet sich dann auch oft — ja, durchaus verständlicherweise wie gewiß auch zu Recht — ein großes soziales Mißbehagen, das sich nicht selten zu einem — zuweilen sogar systematisch genährten — Haß gegen die Großverdiener steigert. Hieraus können dann leicht umstürzlerische Bestrebungen erwachsen.

Es kann, darf und soll sich natürlich keineswegs darum handeln, die unsozialen Einkommensverhältnisse etwa zu verteidigen. Es gilt aber zu erkennen, daß sie ihren Grund in einer längst überholten und daher erneuerungsbedürftigen Rechtsordnung haben. H i e r g e g e n — nicht jedoch gegen ihre bisherigen Nutznießer — sollte sich der Unwille richten. Der in den Wirtschaftsgroßunternehmen erarbeitete Reingewinn,

also das auf diese Weise neu gebildete Kapital, an dessen Entstehung der gesamte soziale Organismus irgendwie mitbeteiligt ist, darf eben nicht — wie bislang — in das private Eigentum der «Kapitaleigner» übergehen. Zu diesem Zweck ist — was immer wieder mit Nachdruck hervorgehoben werden muß — das Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln, unter Miteinbeziehung des Kapitals wie auch des Grund und Bodens, in ein mit sozialer Verpflichtung zu übertragendes Nutzungsrecht umzuwandeln. Es sei in diesem Zusammenhang erneut erwähnt, **daß ein solcher Prozeß der Entprivatisierung sich bereits in allen jenen nicht seltenen Fällen vollzogen hat, in denen Unternehmen die Eigentumsform einer Stiftung angenommen haben.** (Siehe in diesem Zusammenhang auch den Artikel über «Mitbestimmung», S.218 Red.)

Wer es dem gegenüber für sozial gerechter halten sollte, den gemeinsam erwirtschafteten Reingewinn eigentumsmäßig nach einem bestimmten Schlüssel an alle Mitarbeiter des Unternehmens zu verteilen, um ihn nicht in die Hände der heute rechtmäßigen «Eigentümer» fließen zu lassen, übersieht die folgenden wichtigen Faktoren:

1. Der entstehende Gewinn ist nicht nur das ausschließliche Arbeitsergebnis der Betriebsangehörigen; hieran sind auch außerbetriebliche Mitwirkende beteiligt, wie: Zulieferfirmen, Transportunternehmen, die Abnehmer der erzeugten Güter, die Schöpfer und Hersteller rationaler Maschinen und andere mehr. (Ein vertragliches Teilungsverhältnis, das an die Stelle des bisherigen Lohnes treten würde, könnte immer nur nach dem vorherigen Abzug erforderlicher Rücklagen in Frage kommen.)

2. Die Angehörigen lukrativer Wirtschaftszweige würden bei gleichem Arbeitsaufwand mehr oder minder erheblich besser dastehen als diejenigen weniger lukrativer Unternehmen (ganz abgesehen von den nicht wirtschaftlich Tätigen).

3. Eine überproportionale Erhöhung der Kaufkraft — also des Kaufgeldaufkommens — ist stets mit der Gefahr einer inflationären Entwicklung verbunden, indem der umlaufenden Geldmenge, die sich als Nachfrage niederschlägt, kein ausreichendes Warenangebot gegenübersteht, es sei denn, daß entsprechend viel gespart wird, was ja mit Konsumverzicht verbunden ist.

4. Betriebsgewinne dienen in der Regel zum größten Teil der Neuanschaffung modernerer, leistungsfähigerer Maschinen, die den Arbeitsprozeß erleichtern bzw. das Produktionsaufkommen steigern. Es bedarf daher eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen der Kaufgeld- und der Leihgeld- (bzw. Kapitalgeld-)menge, würden doch ungenügende Neuinvestitionen die Leistungskraft einer Volkswirtschaft schwächen.

Bei alledem sehen wir uns indes immer wieder vor das Kardinalproblem gestellt, wie der zunehmenden Vermögens- und damit auch Machtkonzentration nicht nur Einhalt zu gebieten, sondern wie sie wegen ihrer schädlichen sozialen Folgen zu beseitigen und somit die Macht des Kapitals zu neutralisieren ist. Auf das zwingende Erfordernis der Schaffung eines neuen Eigentumsrechts wurde bereits nachdrücklich hingewiesen. Wir müssen uns hierbei vor Augen halten, daß die arbeitsteilige Wirtschaft im Grunde ihres Wesens zutiefst sozial ist, was sich darin ausdrückt, daß niemand eigentlich für sich selbst arbeitet. Die Leistungen des Einzelnen dienen vielmehr der Allgemeinheit, aus deren Arbeitsergebnissen wiederum die Bedürfnisse des Einzelnen befriedigt werden.

„Tommy go home“

Aufruf: Selbstbestimmung für Nordirland!

Für die Probleme Nordirlands gibt es keine militärische Lösung. Jeder Mord, begehe ihn, wer will, vermehrt die Angst und Bitterkeit. Argwohn und Spannung nehmen zu. Nicht die Kanonen der britischen Armee, noch die der «Loyalisten», noch die der Republikaner, können Frieden bringen.

Die politische Zukunft Irlands zu entscheiden, muß natürlich wesentlich seiner Bevölkerung vorbehalten bleiben. Aber die Ereignisse dort gehen jeden an, und gegen das Blutvergießen sollte sich überall Widerstand erheben, ohne Rücksicht auf die Grenzen. Wir Engländer haben eine besondere Verantwortung. Britische Kolonialpolitik hat in der Vergangenheit die Teilungen geschaffen, und die britische Armee im Norden macht die Sache nur schlimmer und erschwert alle Entscheidungen des irischen Volkes.

Britische Bedrückung und Ausbeutung des irischen Volkes hat bittere Erinnerungen und schwer lösbare Probleme hinterlassen. Im frühen 17. Jahrhundert wurden Tausende von Iren, besonders aus dem Norden, aus dem Lande vertrieben, um Platz zu schaffen für Siedler aus England und Schottland. Die Mehrheit der Protestanten im Norden stammt von diesen Siedlern ab. Doch ist es unrealistisch, die Protestanten von heute als Eindringlinge anzusehen. Sie sind im Laufe der Geschichte ein Teil der irischen Gesellschaft geworden, im Gegensatz zu den französischen Siedlern in Algerien. Tatsächlich waren es im 18. Jahrhundert die Protestanten, die der englischen Politik am erfolgreichsten Widerstand geleistet haben. Die spezifisch republikanisch-nationalistische Bewegung geht auf Wolfe Tone und die «Ver-